

ÖIF Monitor

Integration & Migration

Juli/August 2015

Österreich: Jeder Fünfte hat Migrationshintergrund

Das neue Statistische Jahrbuch zeigt, wie sich Integration gestaltet und was die Zukunft bringen kann **[Seite 3]**

300.000 Griechen sehen ihre Zukunft in Australien

Aufgrund der Schuldenkrise wandern immer mehr Griech/innen nach Australien aus **[Seite 6]**

Dänemark setzt auf schärfere Grenzkontrollen


Illegale Einreise und Kriminalität führen zu Neuregelungen der Grenzaufsicht **[Seite 7]**

Aktuelles

Bundesminister Kurz präsentiert Integrationsbericht 2015

Am 16. Juli 2015 präsentierten Bundesminister Kurz, Expertenratsvorsitzender Prof. Faßmann und Dr. Marik-Lebeck von der Statistik Austria den Integrationsbericht 2015. In der aktuellen Jubiläumsausgabe findet sich nicht nur ein Rückblick auf die Erfolge der letzten fünf Jahre, sondern auch ein Ausblick mit Leitgedanken für die Zukunft.

Der seit 2011 jährlich erscheinende Integrationsbericht stellt eine umfassende Übersicht zur Integration in Österreich dar. Neben den Schwerpunkten Sprache und Arbeitsmarkt wurde im Rahmen der diesjährigen Pressekonferenz auch ein Expertenpapier zur Integration von anerkannten Flüchtlingen präsentiert. Einen besonderen Schwerpunkt legt der Expertenrat auf Bildung und

Sprachförderung sowie auf Willkommensklassen für Kinder und Schüler/innen, die während des Schuljahres nach Österreich kommen. Aber auch Erwachsene müssen sich Deutschkenntnisse aneignen. Gemeinsam mit dem Innen- und Sozialministerium hat das Integrationsministerium deshalb 7.000 Deutschkursplätze geschaffen und sieht eine Aufstockung um weitere 10.000 vor. 

Inhalt

Bundesminister Kurz präsentiert Integrationsbericht 2015	1-2
Statistisches Jahrbuch	
„migration&integration“	3
Integration in Österreich	4
Flucht und Asyl: Österreich	5
Internationale Migration	6
Migration Policies International ...	7
Presserückblick, Kurzmeldungen	8
Publikationen, Termine, Neues vom ÖIF	9

→ Fortsetzung von Seite 1
Integrationsminister Kurz präsentiert Integrationsbericht 2015

Auch der Ruf nach einem zweiten verpflichtenden Kindergartenjahr wurde bei der Vorstellung des Berichtes erneuert. Im Bereich Arbeitsmarkt wurde ein besonderer Fokus auf die Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen gelegt. Als wichtiger Arbeitsbereich wurde zudem die Etablierung einer gemeinsamen Wertebasis für Menschen mit und ohne Migrationshintergrund ausgemacht.

Bisher Erreichtes: Integration 2011 – 2015

Im Rahmen des fünfjährigen Jubiläums des Integrationsberichtes wurden erfolgreich umgesetzte Maßnahmen sowie insgesamt 785 Integrationsprojekte dargelegt. Darunter beispielsweise im Bereich Sprache und Bildung, Rechtsstaat und Werte, Interkultureller Dialog und Integration von Anfang an. Folgende Maßnahmen wurden unter anderem getroffen:

- Einrichtung der Plattform „Netzwerk Anerkennung“
- Arbeitsmarktspezifische Deutschkurse
- Mentoring für Migrant/innen (WKO, ÖIF, AMS)
- Broschüre „Zusammenleben in Österreich – Werte, die uns verbinden“
- Integrationsbotschafter/innen im Rahmen

des Projekts „ZUSAMMEN:ÖSTERREICH“

- Botschaften und Auslandsinstitutionen als „Willkommensbehörden“

Auch die Bemühungen, ein respektvolles aufeinander Zugehen zu stärken, wurden durch nachhaltige Dialogprozesse und die Etablierung von Dialogplattformen unterstrichen.

Schwerpunkt: Integration von Flüchtlingen

Das Thema Asyl hat derzeit großen Einfluss auf die Integrationsdebatte. Der Expertenrat erstellte ein Maßnahmenpapier, mittels dessen die Integration von Flüchtlingen nach Erhalt eines positiven Asylbescheides frühestmöglich beginnen soll. Dieser Bereich wird insofern besonders wichtig werden, da davon ausgegangen wird, dass im Laufe des Jahres rund 70.000 Flüchtlinge nach Österreich kommen werden. Jene, die einen positiven Asylbescheid erhalten, sollen über einen raschen Integrationsprozess möglichst schnell in der Gesellschaft ankommen. Sprachkenntnisse – vor allem Maßnahmen zur sprachlichen Frühförderung – sowie Vorbereitungsklassen sollen diesen Prozess besonders für junge Menschen erleichtern. Für ältere Personen ist neben dem Spracherwerb auch die Integration in den

Arbeitsmarkt wichtig. Deshalb soll in Zukunft die Berufsanerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen erleichtert werden.

Zugehörigkeitsgefühl steigt

Seit 2010 fängt der Expertenrat die Stimmung der Bevölkerung zum Thema Integration ein. Dabei zeigt sich, dass sich das Integrationsklima im Vergleich zu 2014 etwas verschlechtert hat. Die mediale Berichterstattung über den „Islamischen Staat“ sowie die Terroranschläge in Frankreich haben das Meinungsklima beeinflusst. Dennoch sehen 41% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund die Integration als sehr gut oder eher gut funktionierend an. 2010 lag dieser Wert noch bei 31%.

INTEGRATIONSKLIMA

- 90% der Migrant/innen fühlen sich in Österreich völlig oder eher heimisch
- 85% der Migrant/innen sind mit Lebensart, Werten und Zielen Österreichs einverstanden
- 70% der Migrant/innen fühlen sich Österreich eher zugehörig als dem Herkunftsland

Quelle: Integrationsbericht 2015

Weitere Informationen finden Sie >>> [hier](#)

Integration in Österreich

Statistisches Jahrbuch „migration & integration“: aktuelle Trends im Migrationsbereich

Die Statistik Austria bietet mit dem Statistischen Jahrbuch „migration & integration“ einen Überblick über aktuelle Veränderungen und Herausforderungen im Integrationsbereich in Österreich. So werden positive Entwicklungen und mögliche Handlungsfelder aufgezeigt.

Am 1. Jänner 2015 lebten in Österreich rund 1,5 Millionen Menschen mit ausländischem Geburtsort. Sie stellten 17,3% der Gesamtbevölkerung dar (2014: 16,6%). Rund zwei Drittel von ihnen (66%) waren ausländische Staatsbürger/innen, während ein Drittel (34%) die österreichische Staatsbürgerschaft hatte.

Netto-Zuwanderung höher als im Vorjahr

Im Jahr 2014 wanderten rund 170.000 Personen nach Österreich zu, zugleich verließen knapp 97.800 das Land. Daraus ergab sich ein Wanderungsgewinn von 72.300 Personen. Im Vergleich zum Jahr 2013 bedeutet dies einen Anstieg um 17.000 Personen. Der Großteil der Zuwander/innen stammte 2014 aus der EU (96.100). Mit über 20.700 Zuzügen bildeten Rumän/innen die größte Gruppe, gefolgt von deutschen (16.800) und ungarischen Staatsangehörigen (14.500).

Unterschiede in der Bildungsstruktur

Die Bildungsstruktur zwischen Österreicher/innen und Zugewanderten zeigt Unterschiede. Zugewanderte sind sowohl in den niedrigsten als auch den höchsten Bildungsschichten besonders stark vertreten. In den vergangenen Jahrzehnten zeigte sich ein geringer Anstieg des Bildungsniveaus beider Gruppen. Bei der ausländischen Bevölkerung ist der Anstieg auf die Zuwanderung Hochqualifizierter aus anderen EU-Staaten zurückzuführen. Ein Anstieg lässt sich auch unter den ausländischen Studierenden erkennen. 74% davon kommen aus EU- und EWR-Staaten, der Großteil aus Deutschland.

Unterschiedliche Arbeitsverhältnisse

Im Bereich Arbeit und Beruf lassen die Daten Rückschlüsse auf positive Entwicklungen und weitere Handlungsfelder zu. So zeigt sich etwa, dass sich die berufliche Stellung der zweiten Zuwanderungsgeneration an jene der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund angleicht. Jedoch stehen Personen mit Migrationshintergrund in geringerem Maße als Österreicher/innen im Erwerbsleben. Insbesondere die

Erwerbstätigkeit von Frauen unterscheidet sich wesentlich: Während Frauen aus den EU-/EWR-Staaten und der Schweiz im gleichen Ausmaß wie Österreicherinnen beschäftigt sind, ist die Erwerbstätigkeit bei türkischen Frauen gering. Die Arbeitslosenquote bei Österreicher/innen lag 2014 bei 7,6%, bei Ausländer/innen bei 12,1% (2013: 7,0% bzw. 10,7%).

DATEN UND FAKTEN

- **Bevölkerung 1.1.2015: 1,7 Mio. Menschen mit Migrationshintergrund (2014: 1,6 Mio.)**
- **Schulabbruch 2013: 11% der fremdsprachigen Hauptschulkinder verlassen das Schulsystem (2012: 12%)**
- **Erwerbstätigenquote 2014: 64% bei Personen mit Migrationshintergrund (2013: 65%)**

Quelle: Statistik Austria



Statistisches Jahrbuch „migration&integration 2015“

Weitere Informationen
und Bestellung >>> [hier](#)

Integration in Österreich

Jeder zweite Häftling aus dem Ausland

Mitte Juli wurde der Sicherheitsbericht 2014 präsentiert. Während die Gesamtkriminalität in Österreich 2014 einen Tiefststand erreicht hat, machten ausländische Staatsangehörige erstmals die Hälfte aller Inhaftierten aus.

Am Stichtag 1.9.2014 verbüßten rund 4.500 Ausländer/innen in österreichischen Gefängnissen eine Haftstrafe. Österreich zählt somit zu den Ländern mit dem höchsten Anteil ausländischer Gefangener. Anfang der 1980er Jahre lag der Anteil von Nichtösterreicher/innen an allen Inhaftierten zum Vergleich noch bei 7%. Erste bedeutende Anstiege gab es 1989 und 1994, als der Anteil der ausländischen Inhaftierten auf 26% anstieg. Weiters waren 37% der Personen, die im Berichtszeitraum verurteilt wurden, ausländische Staatsangehörige – auch das ein Höchstwert der letzten 15 Jahre. Der Prozentsatz von ausländischen Staatsangehörigen war bei Delikten gegen fremdes Vermögen (42%) und bei Delikten nach dem Suchtmittelgesetz (40%) am höchsten. 28% der wegen Delikten gegen Leib und Leben Verurteilten waren ausländische Staatsangehörige, bei Delikten gegen die sexuelle Integrität waren es knapp 24%. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

AMS-Bericht: Ausländer am Arbeitsmarkt in Österreich

Rund 600.000 Ausländer/innen waren 2014 in Österreich beschäftigt. Mehr als die Hälfte davon kommt aus EU-Ländern wie Rumänien oder Bulgarien. Etwa 254.000 Personen waren aus der Türkei oder anderen Drittstaaten.

Im Jahresdurchschnitt 2014 waren rund 331.900 Arbeitskräfte aus der EU in Österreich tätig. Darunter 32.700 rumänische, 20.500 kroatische und 7.000 bulgarische Erwerbstätige. Von 2013 auf 2014 konnten 31.200 zusätzliche Dienstverhältnisse von EU-Bürger/innen verzeichnet werden. Weiters wurden seitens des AMS über 3.200 Anträge auf Ausstellung einer Rot-Weiß-Rot-Karte angenommen, ca. 8.900 Beschäftigungsbewilligungen für Schüler/innen und Studierende aus Drittstaaten genehmigt und 195 Lehrlingsbeschäftigungsbewilligungen beantragt. 2014 waren 346.300 Personen mit Migrationshintergrund arbeitslos. Die Arbeitslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund betrug 14,2% (Frauen 13,7%, Männer 14,5%). Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies einen Anstieg um 19.300 Personen bzw. 18,8%. 4 von 10 arbeitslosen Migrant/innen wurden 2014 im Rahmen der Förderangebote des AMS gefördert. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Integration in Österreich

Islamgesetz in Österreich: Positives Echo der IGGiÖ

Am 30. März 2015 ist das neue Islamgesetz in Kraft getreten. Mittlerweile äußert sich auch der Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich positiv zu dem neuen Gesetz.

Das im März in Kraft getretene Islamgesetz legt Rechte und Pflichten für die islamischen Religionsgesellschaften fest und soll so der Situation von Muslim/innen in Österreich besser gerecht werden. Viele offene Punkte konnten bereits während der Verhandlungen geklärt werden. Fuat Sanaç, Präsident der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Österreich, zieht nun positive Bilanz und betont, „dass der Islam nirgends wo wie in Österreich derartig von der Republik geschützt wird“. Auch das Thema der Auslandsfinanzierung, das in den Verhandlungen stark diskutiert wurde, sieht Sanaç nunmehr als Möglichkeit, sowohl steuerliche Transparenz als auch Transparenz hinsichtlich einer etwaigen Finanzierung radikaler Gruppierungen zu gewährleisten. Die Deklaration von Geldern sei hierbei ein wichtiger Schritt. Noch bis Jahresende hat die IGGiÖ Zeit, ihre Verfassung in Hinblick auf das neue Gesetz zu adaptieren. Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: Österreich

Steigende Arbeitslosigkeit durch Arbeitsmarktöffnung

Eine aktuelle Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung zeigt, dass ein erleichterter Arbeitsmarktzugang für Asylwerber/innen auch zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit führen würde.

Im Zuge der vom Sozialministerium veröffentlichten Studie wurden anhand unterschiedlicher Faktoren drei Szenarien entwickelt, wie sich eine Lockerung des Arbeitsmarktzuganges ohne Einschränkung der Beschäftigungsmöglichkeiten auf Löhne, Beschäftigung und Arbeitslosigkeit auswirken würde. Dabei wird die Zahl der Personen im Asylverfahren, die durchschnittliche Verfahrensdauer und die angenommene Alters- und Erwerbsstruktur berücksichtigt. Bei der Arbeitslosenquote zeigt sich ein kurzfristiger Anstieg um bis zu 0,23 Prozentpunkte. Die Studie selbst ging zum Zeitpunkt der Erstellung jedoch von lediglich 33.000 Asylanträgen im Jahr 2015 aus, während derzeit im Innenministerium 70.000 Anträge erwartet werden, was auch die Zahl der Arbeitslosen erhöhen würde. Vor diesem Hintergrund und den hohen Arbeitslosenzahlen spricht sich Sozialminister Hundstorfer gegen eine Arbeitsmarktöffnung aus.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: Österreich

Regionale Verteilerzentren in Bundesländern eröffnet

Am 20. Juli trat die neue Asylreform in Kraft. Ein Kernpunkt der Neuregelungen sind sieben regionale Verteilerzentren in den Bundesländern. Die Länder stellen ab Mitte Juli auch über 700 Plätze für Asylsuchende zur Verfügung.

Die regionalen Verteilerzentren dienen zur Erstabklärung von Asylanträgen in den einzelnen Bundesländern und sollen zu einer gleichmäßigeren Verteilung von Asylwerber/innen in Österreich beitragen. Bisher wurden alle Asylantragssteller/innen in eines der bestehenden Erstaufnahmezentren gebracht, was zu einer Überbelegung der Einrichtungen in Traiskirchen und Thalham geführt hat. Die Bundesländer haben bereits vor Inkrafttreten der neuen gesetzlichen Regelung angekündigt, ab Mitte Juli rund 725 Asylwerber/innen aus der Betreuung des Bundes übernehmen zu können. Weiters unterzeichneten Österreich und die Slowakei eine Asylkooperation. 500 Flüchtlinge, die Asylanträge in Österreich eingebracht haben, sollen in einer Unterkunft in Gabčíkovo, nahe der österreichischen Grenze, untergebracht werden. Österreich ist laut Abkommen weiter für das Asylverfahren sowie Betreuung und Sicherheit zuständig.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Flucht und Asyl: Österreich

Weitere Deutschkursplätze für anerkannte Flüchtlinge

Integrationsminister Sebastian Kurz und Sozialminister Rudolf Hundstorfer einigten sich auf die Bereitstellung von rund 10.000 zusätzlichen Plätzen in Deutschkursen. Das Angebot soll anerkannten Flüchtlingen zugutekommen.

Für das Jahr 2015 stand bisher ein Budget von rund 21 Millionen Euro für die Durchführung von Deutschkursen bereit. Dieses war auf etwas mehr als 11.000 Teilnehmer/innen ausgelegt. Doch bereits in der ersten Jahreshälfte zeigte sich, dass die Zahl der Asylwerber/innen, die einen positiven Asylbescheid erhalten und somit auf wichtige Integrationsmaßnahmen angewiesen sind, stark steigt. Deutschkenntnisse sind maßgeblich für die bestmögliche Integration in die Gesellschaft. Um diesen Prozess zu unterstützen, werden zusätzliche Mittel in Höhe von 13,3 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Davon sollen rund 9,3 Mio. Euro für Deutschkurse und rund 4 Mio. Euro für Qualifikationsfindungskurse verwendet werden. Die zusätzlichen Fördermittel werden vom Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres sowie dem Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz getragen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

EU: Teileinigung bei Flüchtlingsverteilung

Während die Prognosen für Flüchtlingsströme in die EU ständig weiter angehoben werden, konnten die EU-Staaten nur eine teilweise Einigung über die Aufteilung von rund 60.000 Asylwerber/innen erlangen. Österreich nimmt insgesamt 1.900 Personen auf.

Auf EU-Ebene konnte bisher nur eine teilweise Einigung über die Verteilung von 60.000 Flüchtlingen erzielt werden. Während Zusagen für die Neuansiedlung von 20.000 Flüchtlingen ohne Schwierigkeiten erreicht wurden, kam es bezüglich der Umsiedlung weiterer 40.000 Personen zu keiner Verständigung: Es wurden nur 32.200 Plätze für Flüchtlinge zugesagt, die sich derzeit vorwiegend in Italien und Griechenland aufhalten. Österreich hat der Aufnahme von 400 zusätzlichen Personen zugestimmt. 1.500 Plätze wurden bereits im Rahmen des Humanitären Aufnahmeprogramms Syrien zugesichert. Die Flüchtlingsströme reißen unterdessen nicht ab. So kommen laut UNHCR täglich 1.000 Flüchtlinge in Griechenland an – insgesamt waren es in diesem Jahr bereits 77.000. In Italien waren es laut Regierung im ersten Halbjahr 2014 fast 60.000 Personen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

Deutschland: Illegale Einreisen auf Rekordhoch

Die Zahl der illegal nach Deutschland eingereisten Personen steigt stark an. Laut deutscher Bundespolizei wurden in diesem Jahr bereits mehr illegale Einreisen festgestellt als im gesamten Vorjahr. Auch die Zahl der festgenommenen Schleuser wächst.

Über 64.000 illegal eingereiste Personen hat die deutsche Bundespolizei in diesem Jahr registriert. Diese Zahl übersteigt bereits jetzt die Gesamtzahl von 2014 (57.000). Schon der Vorjahreswert war ein Rekordhoch seit der Wiedervereinigung Deutschlands, der steigende Trend hält jedoch weiter an. Diese Zuwanderung geht vor allem auf Asylsuchende zurück. Die größte Gruppe sind laut Jahresbericht 2014 der Bundespolizei mit Abstand Personen aus Syrien, gefolgt von Personen aus Eritrea, Afghanistan, Kosovo und Serbien. In einer Presseaussendung spricht die deutsche Bundespolizei von einem kontinuierlichen „Migrationsdruck“ an der Grenze zwischen Österreich und Deutschland. Auch die Zahl der gefassten Schleuser ist in diesem Jahr bereits deutlich höher als 2014. Bis Ende Juni wurden 1.500 Schleuser gefasst, 2014 waren es insgesamt noch 2.100 Personen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Internationale Migration

Auswanderung von Griech/innen nach Australien

Die Schuldenkrise in Griechenland treibt immer mehr Menschen zur Auswanderung. Ein beliebtes Ziel ist Australien. Die australische Stadt Melbourne verzeichnet die größte griechische Gemeinde außerhalb Griechenlands.

300.000 Griech/innen sollen in Melbourne leben. Gemeindeorganisationen schätzen, dass seit 2013 zwischen 10.000 und 20.000 Griech/innen ins Land gekommen sind. Oftmals sind es Doppelstaatsbürger/innen mit Familienanbindung in Australien. Australien war in der Migrationsgeschichte Griechenlands schon einmal ein beliebtes Zielland. Im Bürgerkrieg in den 1940er Jahren zogen mehr als 150.000 Griech/innen nach Australien. Laut Volkszählung 2011 lebten 100.000 noch in der Heimat geborene griechische Staatsangehörige in Australien. Tausende kehrten ab den 1970er Jahren aber in ihr Herkunftsland zurück, besonders in Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs. In den letzten Jahren hat sich der Trend jedoch wieder umgekehrt. Doch in Australien haben sich die Bedingungen für Neuankömmlinge geändert: Arbeitsuche und Neustart gestalten sich schwierig.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Deutschland: Neuregelung des Bleiberechts

Das Gesetz zur Neuregelung des Bleiberechts und der Aufenthaltsbeendigung sieht vor, dass gut integrierte Zuwander/innen, die bisher nur als Geduldete in Deutschland lebten, Anspruch auf einen dauerhaften Aufenthaltstitel haben.

Rund 30.000 Personen könnten von dieser Regelung laut Bundesinnenminister de Maizière profitieren. Für jugendliche Geduldete, die eine qualifizierte Berufsausbildung aufnehmen wollen, besteht fortan während der Ausbildung ein Abschiebeschutz und nach erfolgreicher Beendigung die Möglichkeit, einen unbefristeten Aufenthaltstitel zu erlangen. Ferner wird die Familienzusammenführung für subsidiär Schutzberechtigte erleichtert sowie die bisherige Sprachnachweisverordnung beim Ehegattennachzug gelockert. Gleichzeitig wurden die Regelungen zur Abschiebehaft und Ausreisebestimmungen überarbeitet. Kritisch diskutiert wird derzeit die Ausweitung der Inhaftierungsgründe für Asylsuchende. Diesen zufolge könnten Personen künftig festgenommen werden, wenn sie aus einem anderen EU-Staat eingereist sind, ohne dort den Abschluss ihres Verfahrens abgewartet zu haben.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Dänemark: Grenzkontrollen gegen illegale Einwanderung

Dänemarks Außenminister Jensen setzt sich für schärfere Kontrollen an den Landesgrenzen ein. Durch Polizeikräfte und Kennzeichenerfassung soll gegen Kriminalität und illegale Zuwanderung vorgegangen werden.

Die Pläne zur verstärkten Grenzkontrolle wurden bei einem Treffen zwischen Jensen und seinem deutschen Amtskollegen Steinmeier besprochen und bewegen sich im Rahmen des Schengen-Abkommens. Weiters wird in Dänemark ein Gesetzesbeschluss zur Kürzung der finanziellen Unterstützung für Asylsuchende und deren Familien diskutiert: Ab September 2015 soll es bei der Sozial- und Wohnungsbeihilfe und dem Kindergeld Einsparungen geben. Zuwander/innen, die positiv eine Dänisch-Prüfung absolvieren, erhalten hingegen einen finanziellen „Sprachbonus“. Die Gesetzesänderungen führen zu erschwerten Bedingungen für Asylwerber/innen und bremsen die Flüchtlingszuwanderung. Der Beschluss betrifft nicht nur neuankommende Zuwander/innen, sondern gilt ab kommendem Jahr auch für Ausländer/innen, die weniger als 7 von 8 aufeinanderfolgende Jahre in Dänemark gelebt haben.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

USA: Anstieg der Zuwanderung aus Kuba um 118%

Die politische Annäherung zwischen Washington und Havanna bringt eine neue Migrationsdynamik mit sich. Viele Kubaner/innen begeben sich über den Seeweg in die USA bevor die Einwanderungsgesetze geändert werden.

Aktuell werden kubanische Migrant/innen, die in den USA ankommen, als politische Flüchtlinge eingestuft und können nach einem Mindestaufenthalt von einem Jahr eine dauerhafte Aufenthaltsgenehmigung beantragen. Verankert ist diese Möglichkeit im „Cuban Adjustment Act“ aus dem Jahr 1966. Ob diese Regelung im Rahmen der diplomatischen Wiederannäherung beider Staaten bestehen bleibt, ist unklar. Zwischen Jänner und März 2015 haben 9.371 kubanische Migrant/innen US-Territorium erreicht. Dies stellt eine Steigerung von 118% im Vergleich zum Vorjahreszeitraum dar. Der Seeweg zwischen Kuba und der amerikanischen Küste wird von der US-Küstenwache mittels Flugzeugen überwacht. Flüchtlinge, die auf Booten oder selbst gebauten Floßen auf diesem Weg aufgegriffen werden, werden zurückgeschickt. Seit Oktober 2014 wurden mehr als 2.600 kubanische Migrant/innen in Gewahrsam genommen oder abgefangen.

Weitere Informationen finden Sie [»» hier](#)

Presserückblick: Integration und Migration

Worüber wurde im Juni berichtet?

Im Vordergrund standen im Juni wieder Themen rund um den Flüchtlingszustrom nach Europa und nach Österreich. Diesbezügliche Verhandlungen zwischen Bund und Ländern und zwischen den EU-Mitgliedsstaaten wurden ausführlich dargestellt und diskutiert.

Aufgrund der weiter ansteigenden Zahlen von Asylwerbenden und der fehlenden Unterbringungsplätze bildeten die Medien die Debatten rund um Versorgungsmöglichkeiten in den Bundesländern ab. Dabei wurde u.a. über die Öffnung von Kasernen sowie über Zeltlager und die Konditionen im überfüllten Erstaufnahmезentrum Traiskirchen berichtet. Auch der Asylgipfel mit dem Vorschlag für Bezirksquoten sorgte für Schlagzeilen.

EU-weite Asyldebatten

Die Asylgipfel und -gespräche auf EU-Ebene zogen eine breite Berichterstattung nach sich. Es kam zu keiner Einigung auf einen verpflichtenden Verteilungsschlüssel für Flüchtlinge auf alle EU-Mitgliedsstaaten und ein detaillierterer Vorschlag für eine Aufteilung wurde für Juli angekündigt. Gleichzeitig lieferten die Medien kontinuierlich aktuelle Zahlen zu den neu

ankommenden Flüchtlingen, insbesondere zu jenen, die über das Mittelmeer nach Europa streben. Für Kritik sorgten die Ankündigungen der ungarischen Regierung, sich mittels eines Grenzzaunes gegen Migrant/innen zu schützen, die über Serbien ins Land gelangen wollen sowie die Rücknahme von „Dublin-Fällen“ vorübergehend auszusetzen.

Debatte um EU-Sozialsysteme

Aufgegriffen wurde auch das von Großbritannien vorgebrachte Anliegen einer Reform der EU-Sozialsysteme, das darauf abzielen soll, einem möglichen Missbrauch vorzubeugen. Im österreichischen Kontext wurde von der Forderung von Bundesminister Kurz im Zusammenhang mit einer Überprüfung der Familienbeihilfe berichtet, die für im Ausland lebende Kinder in andere EU-Staaten überwiesen wird.

Zuwanderung nach Österreich

Ein weiterer zentraler Punkt war die Präsentation von Daten der Statistik Austria zur Nettozuwanderung nach Österreich. Bei der entsprechenden Berichterstattung stand die Zuwanderung aus osteuropäischen Staaten im Vordergrund.

Integration und Migration

Kurzmeldungen

»»»**Kompetenz-Check für Flüchtlinge** — Im August startet das AMS ein Pilotprojekt zur Bestimmung der Qualifikationen von Flüchtlingen. Ziel ist eine gelungener Jobvermittlung von Asylberechtigten.««««

»»»**Ungarn nimmt „Dublin-Fälle“ wieder zurück** — Die ungarische Regierung will wieder Flüchtlinge, für die nach der Dublin-Verordnung Ungarn zuständig ist, aus anderen EU-Ländern zurücknehmen.««««

»»»**Sprachförderung in Vorbereitungsklassen** — Künftig sollen schulpflichtige Flüchtlinge und Quereinsteiger in Wien in eigenen Vorbereitungsklassen Deutsch lernen.««««

»»»**Österreichischer Auslandskatastrophenfonds auf 20 Mio. erhöht** — Außen- und Finanzministerium haben sich auf diese Aufstockung ab 2016 geeinigt.««««

»»»**Erste islamische Bank in Deutschland nimmt Betrieb auf** — Mit der KT Bank hat in Deutschland die erste Bank, die sich nach den Regeln des Islam ausrichtet, eröffnet. Die Bank gibt an, nicht nur auf muslimische Kundinnen und Kunden abzielen.««««

Publikationen



Zivilisierte Verachtung. Eine Anleitung zur Verteidigung unserer Freiheit.

Carlo Strenger

Das Buch befasst sich damit, wie selbstbewusst der Westen für seine

Werte eintreten kann.

Bestellinformationen [»» hier](#)



Indicators of Immigrant Integration 2015: Settling In.

OECD

Der Bericht legt vergleichende Indikatoren in Bereichen wie Bildung, Gesundheit oder Wohnverhältnisse

aus allen OECD- und EU-Ländern vor.

Weitere Informationen [»» hier](#)



Identifizierung von Arbeitskräftemangel und Bedarf an Arbeitsmigration aus Drittstaaten in Österreich

EMN

Die Studie gibt einen Überblick über die nationalen Politiken der

Arbeitsmigration und analysiert, ob und wenn ja, welcher Zusammenhang mit dem ermittelten Arbeitskräftemangel besteht.

Weitere Informationen [»» hier](#)

Termine

17. SEPTEMBER, WIEN

Verleihung Journalistenpreis Integration

Zum vierten Mal wird der Preis für Journalist/innen vergeben, die mit ihrer Arbeit zur Versachlichung der Integrationsdebatte in den Medien beitragen. Ausgezeichnet werden Journalist/innen in den Kategorien „Print/Online“ und „TV/Radio“.

Weitere Informationen und Anmeldung [»» hier](#)

21. SEPTEMBER, WIEN

Nationale EMN-Konferenz Österreich

In diesem Jahr widmet sich die Konferenz dem Thema „Irreguläre Migration und Rückkehr in der EU und Österreich“.

Weitere Informationen [»» hier](#)

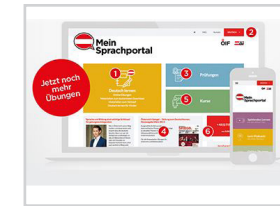
25. SEPTEMBER, ÖSTERREICH

Langer Tag der Flucht

Zum vierten Mal organisiert UNHCR Österreich einen Tag rund um das Thema Flucht und Asyl. Erstmals finden in diesem Jahr Veranstaltungen in allen Bundesländern statt. Österreichweit wird zum Mitmachen, Diskutieren, Zuhören bzw. Zusehen und auch Feiern eingeladen. Für Schülerinnen und Schüler wird ein spezielles Programm angeboten, um sich mit der Thematik zu befassen.

Weitere Informationen [»» hier](#)

Neues vom ÖIF



Neues Sprachportal

Neue Features machen das Online-Portal zu einem noch besseren Angebot zum interaktiven Deutschlernen rund

um die Uhr. Mein Sprachportal wurde nicht nur um Lernmaterialien erweitert, und steht nunmehr sogar in neun Sprachen – Arabisch ist dazugekommen – zur Verfügung.

Weitere Informationen [»» hier](#)



ZUSAMMEN-ÖSTERREICH-Magazin: Sommer-Ausgabe 2015

Die aktuelle Sommer-Ausgabe des Magazins ZUSAMMEN:ÖSTERREICH befasst sich mit dem Thema „Offenes Miteinander – Besseres Zusammenleben“ und

beleuchtet, wie unsere Gemeinden sich öffnen und zu Orten der Begegnung werden können.

Bestellinformationen [»» hier](#)

IMPRESSUM

Impressum und Offenlegung gemäß §§ 24 und 25 MedienG; Medieninhaber, Herausgeber, Redaktion und Hersteller: Österreichischer Integrationsfonds – Fonds zur Integration von Flüchtlingen und MigrantInnen (ÖIF), Schlachthausgasse 30, 1030 Wien, T.: +43 (0) 1 7101203 - 100, E.: mail@integrationsfonds.at; Verlags- und Herstellungsort: Schlachthausgasse 30, 1030 Wien; Offenlegung: Sämtliche Informationen über den Medieninhaber und die grundlegende Richtung dieses Mediums können unter www.integrationsfonds.at/impressum abgerufen werden.